

NACHRICHTEN

Sport für Frieden und Entwicklung

VADUZ – In ihrer Sitzung vom 3. Februar 2004 hat die Regierung beschlossen, dem Schweizer Bundesamt für Sport (BASPO) einen Betrag von 125 000 Franken für ein Sportförderungsprojekt in Côte d'Ivoire zur Verfügung zu stellen. Das Projekt «Droit au Sport» organisiert regelmässige, von Fachpersonen geleitete Sportaktivitäten in verschiedenen Dörfern der Côte d'Ivoire. Diese sollen dazu beitragen, dass vor allem die Jugendlichen ihre negativen Erfahrungen im Zusammenhang mit den kriegerischen Auseinandersetzungen verarbeiten können. Die für den Mannschaftssport unabdingbaren Sozialkompetenzen sollen gefördert werden, damit die Jugendlichen diese auch im schwierigen Alltag einsetzen und Zukunftsperspektiven gewinnen können. Das Projekt umfasst ausserdem die Ausbildung von Betreuerinnen und Betreuer bzw. Sport-InstruktorInnen und InstruktorInnen vor Ort. Es wird vom Bundesamt für Sport (BASPO) in Zusammenarbeit mit der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit (DEZA) sowie dem «Institut National de la Jeunesse et des Sports» (INJS) in Abidjan (Côte d'Ivoire) durchgeführt und gründet auf einer Initiative von Adolf Ogi, UNO-Sonderbeauftragter für Sport im Dienst von Frieden und Entwicklung. Ihm hat die Regierung anlässlich seines Besuchs in Liechtenstein im Frühling 2003 eine Unterstützung für sein Anliegen zugesichert, kriegsgeschädigten Jugendlichen in aller Welt über den Sport neue und positive Lebensperspektiven zu vermitteln und die Traumata ihrer Kriegserfahrungen zu überwinden. (paf)

Vorstandswahlen bei der Feuerwehr Eschen

ESCHEN – Die Feuerwehr Eschen hat an der Generalversammlung vom 1. Februar 2004 ihren Vorstand neu gewählt.

Der neue Vorstand setzt sich wie folgt zusammen:

- Kommandant Karl Marxer, bisher
- Vize-Kommandant Alwin Büchel, neu, bisheriger Präsident
- Präsident Martin Ritter, neu, bisheriger Vize-Präsident
- Vize-Präsident Daniel Marxer, neu
- Kassier Franz Marxer, bisher
- Schriftführer Fredy Gstöhl, bisher
- Materialwart Fredy Wohlwend, bisher
- Fahrzeugchef Bruno Barmettler, bisher
- Rechnungsrevisoren Hugo Gstöhl und Markus Hoop, bisher

Bruno Allgauer tritt nach 9-jähriger Tätigkeit auf eigenen Wunsch als Vize-Kommandant zurück. Der Vorstand der Feuerwehr Eschen bedankt sich bei Bruno für seinen langjährigen Einsatz und wünscht ihm alles Gute für die Zukunft als aktives Feuerwehrmitglied. Feuerwehr Eschen

FBP VADUZ

Jahresversammlung der FBP Vaduz

VADUZ – Die FBP-Ortsgruppe Vaduz lädt alle interessierten Einwohnerinnen und Einwohner am Montag, den 9. Februar um 19.30 Uhr ins Restaurant Engel Vaduz, zur Jahresversammlung 2004 ein.

Anschliessend an den Jahresrückblick des Vorstandes werden wir die Nominierungen für die Vermittlerwahlen, welche am 2. und 4. April 2004 stattfinden, vornehmen. Neben der Präsentation der Kandidaten für das Vermittleramt besteht die Möglichkeit, sich bei den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten über aktuelle Themen aus der Ratsstube zu informieren.

Als Gast wird unser Regierungschef Otmar Hasler, aus erster Hand, über die gleichzeitig mit den Vermittlerwahlen stattfindenden Abstimmungen betreffend das NBU- und das Polizeigebäudereferendum informieren. Wir freuen uns auf zahlreiches Erscheinen!
FBP-Ortsgruppe Vaduz

Investieren in die Sicherheit

Alois Ospelt und Norman Hoop: Klartext zum Sicherheitszentrum

SCHAAN – Eigentlich hätte die Diskussionsrunde breiter ausfallen sollen: Josef Selé, Initiator des Referendums gegen das Sicherheitszentrum, lehnte eine Teilnahme ab und Exponenten der VU, die eingeladen wurden, fanden keine Zeit für das Gespräch. Dennoch: Innenminister Alois Ospelt und Norman Hoop, Mitarbeiter der Regierung, standen Red und Antwort und zeigten auf, warum Liechtenstein ein Sicherheitszentrum benötigt.

• Peter Kindler

Dividiert man den Landtagsbeschluss für den Bau des Sicherheitszentrums auseinander, so würde die notwendige Erweiterung des Polizeigebäudes rund eine Summe von 15 Millionen Franken ausmachen. Hat die Regierung einen Fehler gemacht, indem sie ein bedarfsorientiertes Gesamtprojekt präsentiert hat, welches nicht nur Polizei, sondern auch Untersuchungsgefängnis, Ausländer- und Passamt, die MFK und eine Parkhalle beheimatet?

Synergien und Funktionen nutzen

Regierungsrat Alois Ospelt führte anlässlich der Volksblatt-Diskussionsrunde aus, dass es von grösster Wichtigkeit sei, verwandte Funktionen zusammenzuführen und die sich ergebenden Synergien zu nutzen. «Alles andere wäre ein Fehler», so der Innenminister. So sei auch der Bedarf für das Sicherheitszentrum einleuchtend: «Das bestehende Gebäude ist für insgesamt 84 Polizeikräfte ausgelegt. Derzeit sind bei der Landespolizei aber schon 104 Mitarbeiter beschäftigt.» Die Erweiterung, also die Schaffung des Sicherheitszentrums ist alleine schon notwendig, auch wenn keine weiteren personellen Aufstockungen erfolgen würden, betonte der Innenminister.

Ins neue Sicherheitszentrum sei zudem eine erweiterte Einsatz- und Notrufzentrale geplant, welche als Herzstück der inneren Sicherheit unseres Landes fungiere. Diese zusammenhängenden Kommunikationsmöglichkeiten seien für alle Ämter, die im neuen Sicherheitszentrum integriert werden, unabdingbar. Dazu Norman Hoop ergänzend: «Es kommt der Vorteil dazu, dass das neue Sicherheitszentrum in seiner Kubatur – bei Bedarf zu einem späteren Zeitpunkt – weiter ausgebaut werden kann. Die Konzeption des Gebäudes lässt dies zu.»

Auf die Frage, warum Zivilschutz und Landesversorgung nicht ins neue Zentrum integriert würden, erklärte der Innenminister: «Im Sicherheitszentrum werden alle Ämter Heimat finden, die aufgrund ihrer Funktion zusammenhängen und zur Erledigung ihrer Dienstleistungen auf räumliche Nähe angewiesen sind.» Dies sei beim Amt für Zivilschutz und bei der Landesversorgung nicht der Fall. Das Amt sei jedoch sehr wohl in die Einsatz- und Notrufzentrale einbezogen, da diese Institutionen im neuen Landtagsgebäude über redundante Absicherungen ihrer abgesicherten Kommunikationsmöglichkeiten verfügen.

Ist die innere Sicherheit gefährdet?

Für den Bau des Sicherheitszentrums führt die Regierung immer wieder an, dass es um die Gewährleistung der inneren Sicherheit unseres Landes gehe. Diese Sicherheit solle auch für die Zukunft erhalten bleiben. Alois Ospelt sieht dies sehr



Innenminister Alois Ospelt erklärte in der Volksblatt-Gesprächsrunde, dass das Sicherheitszentrum unverzichtbar ist.

differenziert: «Mit dem Bauvorhaben wollen wir die Grundlage für die tägliche Arbeit unserer Sicherheitskräfte im Sicherheitszentrum verbessern. Der Bau dieses Zentrums ist notwendig, wenn wir die beengten Verhältnisse und infrastrukturellen Mängel beseitigen wollen. Notwendig ist der Bau auch für die geplante personelle Aufstockung im Sicherheitsbereich.»

Und: Diese Aufstockung und personelle Erweiterung der Landespolizei in den nächsten Jahren sei zur Aufrechterhaltung des Sicherheitsstandards unabdingbar. Sie dürfe in Liechtenstein auch keine Diskussion auslösen. Diese Einschätzung, dass eine personelle Erweiterung unabdingbar ist, werde überdies von allen politischen Parteien und Meinungsträgern geteilt. Dies zeigte sich deutlich bereits im Jahre 2001, als – nach der Führungskrise innerhalb der Polizei – im Landtag der von der Regierung vorgelegte Bericht zur Personalentwicklung un widersprochen geteilt wurde.

Keine Insel der Glückseligen

«Warum also keine Infrastruktur, wenn man die Personalaufstockung bereits un widersprochen diskutiert bejaht hat?» Diese Frage von Innenminister Alois Ospelt ist gerechtfertigt, zumal auch der PUK-Bericht in Sachen Polizei klar aufzeigte, dass eine Abnahme der inneren Sicherheit spürbar würde, wenn man sich von der Bereitstellung der Infrastruktur und des Personals distanzieren würde. «Die Einschätzung betreffend die Entwicklung der Sicherheitslage ist überall in Europa und der Region identisch», erklärt der Innenminister. Es gebe vermehrt auch neue Formen der Kriminalität, welchen man Einhalt gebieten müsse. Dies bleibe die Aufgabe der Polizei zur Wahrung und Erhaltung der inneren Sicherheit. «Liechtenstein ist keine Insel der Glückseligen.» Übrigens: Die Entwicklung lässt sich bei einem Blick über die Grenzen leicht nachvollziehen. Überall werden Sicherheitskräfte und entsprechende Infrastrukturen verstärkt. Kleinere Polizeiposten werden abgeschafft, weil diese ihre Aufgaben nicht mehr in der not-

wendigen Intensität wahrnehmen können. Diese kleine Einheiten werden den hohen Ansprüchen der Sicherheit nicht mehr gerecht.

Mietlösung? Ein Mumpitz

Von verschiedenen Exponenten, die gegen das Sicherheitszentrum argumentieren, wird immer wieder festgehalten, dass anstelle eines Erweiterungsbaus «Mietlösungen» angestrebt werden sollten. Dies sei kostengünstiger. Dass diese Vorschläge weit an einer Stichhaltigkeit vorbeizielten, unterstreicht die Aussage von Norman Hoop: «Bei einer dezentralen Mietlösung sind die notwendigen kurzen Wege schlichtweg nicht gegeben.» Ein Grossteil der Dienste aller Ämter, die im Sicherheitszentrum beheimatet sein werden, seien auf das gegenseitige Zusammenspielen angewiesen. Dies sei einzig dann möglich, solange diese Ämter unter einem Dach vereint sind. Als einfache Beispiele nannte Hoop das Zusammenwirken von Einsatzzentrale, erkenntnis-technische Ermittlungen und auch die Einvernahmefähigkeiten. Ebenso, so Norman Hoop, wä-



Norman Hoop, Mitarbeiter der Regierung: «Mietlösungen machen keinen Sinn.»

re eine Dezentralisierung logistisch widersinnig: Dezentrale Lösungen würden nicht nur systemtechnische Doppelspurigkeiten, sondern auch noch mehr Personal nach sich ziehen.

Alternative scheidet aus

Alois Ospelt und Norman Hoop waren sich im Volksblatt-Gespräch einig, dass Überlegungen zur Prüfung weiterer Alternativen – wie eben diese allfällige Dezentralisierung – ausfallen: «Diese Überlegungen fallen ausser Betracht, denn frühere Erfahrungen haben klar gezeigt, dass die Aufteilung von Sicherheitskräften keinen Sinn macht und dass dies nicht funktioniert.» Vor Jahren war die Polizei noch in verschiedenen Gebäuden untergebracht. Diese ungünstige Situation und Platzmangel wurden durch den Bau des Polizeigebäudes im Jahre 1991 kurzfristig beseitigt. Kurzfristig, weil damals der Bau eines vorgesehenen ganzen Stockwerkes nicht realisiert wurde. Heute nun sehen sich die Sicherheitskräfte mit akutem Platzmangel konfrontiert, und dies bei wachsenden Anforderungen, Aufgaben und Einsatzgebieten.

Zu viel Polizei?

Das Volksblatt konfrontierte Alois Ospelt und Norman Hoop mit der Frage, ob eine Ablehnung des Baus des Sicherheitszentrums nicht heisse, dass die Bevölkerung weniger Polizei wolle. Dazu der Innenminister: «Eine Befürwortung des Referendums heisst ein Nein zum vom Landtag beschlossenen Bau. Dies wiederum würde bedeuten, dass die Sicherheitsorgane weiterhin in unbefriedigenden Räumlichkeiten ihren Aufgaben nachkommen müssen. Ein notwendiger Ausbau würde verunmöglicht. Dies hiesse, dass infrastrukturell das Notwendige nicht bereitgestellt werden kann. Ohne entsprechende Infrastruktur kann auch der von allen Entscheidungsträgern – inklusive Opposition – für die Zukunft als notwendig empfundene Personalbedarf für die innere Sicherheit nicht bereitgestellt werden, obwohl dieser – auch von der Opposition – beschlossene Sache ist. Dies hätte letztlich eine Verschlechterung der inneren Sicherheit zur Folge.»

Betrachtet man nur die aktuelle Kriminalitätsentwicklung, die neuen Bedrohungsformen und die Folgen der Migrationsbewegung (an-stehende EU-Osterweiterung), führt die Einschätzung der Politik in logischer Konsequenz zu Ausbau und Stärkung der Sicherheitskräfte.

31,5 Millionen für die Staatskassa?

Bei einer engeren Betrachtungsweise, so Alois Ospelt, sei die Volksblatt-Unterstellung richtig, dass der Staat die anfallenden 31,5 Millionen in der Kassa gut gebrauchen könnte. «Allerdings investieren wir dieses Geld für die Zukunft und für die Sicherheit. Und eine Investition in die Sicherheit ist sicherlich eine gute und richtige Investition», so der Innenminister.

Norman Hoop erklärte weiter, dass die Gelder in Liechtenstein bleiben. «Die Investitionen kommen dem liechtensteinischen Gewerbe zugute.» Und der Staat habe auch die Aufgabe, antizyklisch zu investieren, um Arbeitsplätze zu sichern und um die Wirtschaft zu stärken. «Weit über 90 Prozent aller Bau- und Dienstleistungsaufträge bleiben im Land. Dies zeigt die Statistik aus dem vergangenen Jahr deutlich und unverrückbar.»